

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## IV. Quartal 2005

Abgeschlossen am 13. Jänner 2006. • E-Mail Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Der Europäische Rat beschließt die Finanzielle Vorausschau 2007-2013, die ab 2007 für 27 Mitgliedstaaten gelten soll. Für die Periode 2007/2013 sind demnach Ausgaben von 862 Mrd. € vorgesehen. Um die Zustimmung der Mitgliedstaaten zu erhalten, wurde einigen großen Nettozahlern eine Ermäßigung ihres Beitrags zugestanden. Nun wird dieses Verhandlungsergebnis dem Europäischen Parlament vorgelegt. – Die Weltklimakonferenz geht ohne umsetzbare Ergebnisse zu Ende. – Zwischen den Industriestaaten und den ärmsten Entwicklungsländern herrscht Uneinigkeit über die Einschätzung der Verhandlungsergebnisse der 6. Ministerkonferenz der WTO in Hongkong.

**3. Oktober:** Die Europäische Union beginnt die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

**10. Oktober:** Die schwedische Nationalbank vergibt den Nobelpreis für Ökonomie an Robert J. Aumann und Thomas C. Schelling. Beide Wissenschaftler haben durch die Weiterentwicklung und Anwendung der Spieltheorie zum besseren Verständnis von Konflikt- und Kooperationsituationen beigetragen.

**1. November:** Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt nun bei 4%, die Discount Rate bei 5%.

**22. November:** Angela Merkel (CDU) wird erste deutsche Bundeskanzlerin. Der Koalitionsvertrag (<http://www.bundesregierung.de/Anlage920135/Koalitionsvertrag.pdf>) zwischen CDU, CSU und SPD sieht eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um 3 Prozentpunkte auf 19% ab 2007 vor; der Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen über 250.000 €, die nicht aus gewerblicher Tätigkeit stammen, wird 2007 um 3 Prozentpunkte auf 45% erhöht. Diese "Reichensteuer" soll der öffentlichen Hand jährlich zusätzlich 1,2 Mrd. € an Einnahmen bringen, die Anhebung der Mehrwertsteuer 24 Mrd. €. Weiters wird der Sparerfreibetrag reduziert, Aktiengewinne sollen stärker besteuert werden, die Versicherungssteuer sowie die Sozialabgaben für "Mini- und Midi-Jobs" werden erhöht und die Eigenheimzulage gestrichen. Über die Periode 2006/2009 sollen der Abbau von Steuervergünstigungen mit 18,4 Mrd. €, die Steuererhöhungen mit 29 Mrd. € sowie Einsparungen im Bereich der Grundsicherung, der Förderungsprogramme, des öffentlichen Dienstes und der Zuschüsse an die gesetzliche Krankenversicherung mit 34 Mrd. € zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes beitragen. Gleichzeitig wird aber eine Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags den Haushalt jährlich mit 8 Mrd. € belasten.

Ein Investitionsprogramm im Ausmaß von 25 Mrd. € über die Legislaturperiode soll bereits ab 2006 die Konjunktur beleben. Vorgesehen sind die steuerliche Absetzbarkeit von Gebäudesanierungen und Handwerkerrechnungen sowie Dienstleistungen für Privathaushalte und weitere Steuerentlastungen für den Mittelstand im Ausmaß von 6,5 Mrd. €, die Anhebung des Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose in Ostdeutschland, die Einführung eines Elterngeldes und die Förderung von Forschung und Entwicklung im Ausmaß von 6 Mrd. € sowie Verkehrsinvestitionen von 4,3 Mrd. €.

### Ausland

EU: Beitrittsverhandlungen  
Türkei

Nobelpreis für Ökonomie

USA: Leitzinsenerhöhung

Deutschland:  
Koalitionsvertrag

EU: "Zuckerreform"

**24. November:** Die Agrarminister der EU-Länder verabschieden die "Zuckerreform". Diese Änderung der Zuckermarktordnung bedeutet eine Verringerung der garantierten Preise für Weißzucker um 36% und für Zuckerrüben um 39% bis 2009/10. Die daraus resultierenden Einnahmefälle der Rübenbauern (durchschnittlich -64,2%) werden über 5 Jahre befristet durch Direktzahlungen kompensiert, wenn in diesem Mitgliedstaat die Zuckerproduktion sinkt. Umstrukturierungsmaßnahmen werden aus den Abgaben der Zuckerfabriken finanziert. So erhalten Fabriken, die ihre Produktion in den ersten zwei Jahren drosseln, 730 € je Tonne, danach sinken diese Hilfsleistungen auf 520 € je Tonne. Die EU rechnet mit einem Rückgang der Zuckerproduktion von bisher 20 Mio. t auf 6 bis 8 Mio. t. Die Europäische Union kommt damit ihrer Verpflichtung nach einem Schiedsgerichtsspruch der WTO nach, den Brasilien, Australien und Thailand angestrengt haben.

Schweiz: Initiative "Gentechnikfrei"

**27. November:** Die Schweizer Bevölkerung stimmt mit 55,7% der Initiative "Gentechnikfrei" zu. In den nächsten fünf Jahren dürfen demnach in der Schweiz keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut oder gentechnisch veränderte Tiere gehalten werden.

UNO: Weltklimakonferenz

**28. November bis 9. Dezember:** In Montreal findet die Weltklimakonferenz der UNO statt. Die mehr als 150 teilnehmenden Staaten nehmen das Kyoto-Protokoll sowie das Kontrollsystem an und stimmen der Aufnahme von Verhandlungen über neue Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Industrieländern zu. Die Ziele des Kyoto-Protokolls werden damit über das Jahr 2012 hinaus weiterverfolgt. 2006 soll die Diskussion über die Einbindung von Entwicklungs- und Schwellenländer aufgenommen werden. Die teilnehmenden Länder einigen sich über die Weiterführung der Klimarahmenkonvention von Rio de Janeiro (<http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>).

Europäische Zentralbank: Leitzinsenerhöhung

**1. Dezember:** Die Europäische Zentralbank erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Mit Wirkung vom 6. Dezember betragen der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems 2,25%, die Spitzenrefinanzierungsfazilität 3,25% und der Zinssatz für die Einlagefazilität 1,25%.

WTO: Ministerkonferenz

**13.-18. Dezember:** In Hongkong findet die 6. Ministerkonferenz der WTO statt. Das ursprüngliche Ziel, die Bedingungen und Formeln für den Abbau von Subventionen und Zöllen für Agrar- und Industriegüter festzulegen, wurde bereits im Vorfeld zugunsten der Festlegung eines Arbeits- und Zeitplans zum Abschluss der Doha-Runde bis 2006 zurückgestellt. Schwerpunkte im Schlussdokument sind das Auslaufen der Agrarsubventionen bis 2013 und die Förderung der Entwicklungsländer. Bis 30. April 2006 soll der Begriff der Agrarsubventionen definiert werden (neben Exportkrediten z. B. die Führung staatlicher Vermarktungsunternehmen, Lebensmittelhilfen der USA, Kanadas, Australiens und Neuseelands).

Die ärmsten Entwicklungsländer – 49 Länder, von denen 32 Mitglied der WTO sind – werden ab 2008 für ein Mindestausmaß von 97% ihrer Produkte einen zoll- und quotenfreien Zugang zu den Märkten der Industrie- und Schwellenländer haben. Ausnahmen streben die USA und Japan vor allem für die Textilverarbeitung und die Reisproduktion an. Bis Ende 2006 werden die Exportsubventionen für Baumwolle abgeschafft; sie umfassen in den USA nur 250 Mio. \$ der insgesamt 4 Mrd. \$ an Zuschüssen an die Baumwollbauern. Für die baumwollproduzierenden westafrikanischen Länder ist dies ein sehr geringer Verhandlungserfolg. Die Swiss Formula, die einen schnelleren Abbau von hohen Zöllen auf Güter bewirkt, wird in das Schlussdokument aufgenommen. Auf den Dienstleistungssektor gehen die Diskussionen kaum ein.

USA: Leitzinsenerhöhung

**13. Dezember:** Nach einer weiteren Anhebung der Leitzinsen um 25 Basispunkte betragen die Federal Funds Rate in den USA 4,25% und die Discount Rate 5,25%.

EU: Finanzielle Vorausschau 2007-2013

**15.-16. Dezember:** Der Europäische Rat beschließt die "Finanzielle Vorausschau 2007-2013" ([http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/misc/87677.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/misc/87677.pdf)). Unter der Voraussetzung des Beitritts von Rumänien und Bulgarien im Jänner 2007 wird dieses Budget für 27 Mitgliedstaaten gelten. Die Ausgaben der EU werden in diesen 7 Jahren 862 Mrd. € betragen; dies entspricht 1,045% des Bruttonationaleinkommens der EU. Davon werden 308 Mrd. € für die Struktur- und Kohäsionspolitik, 293 Mrd. € für die Agrarpolitik für marktbezogene Maßnahmen, 69 Mrd. € für die

ländliche Entwicklung, 72 Mrd. € für Wettbewerb, Wachstum und Beschäftigung, jeweils 50 Mrd. € für die Verwaltung sowie für die Außenpolitik und 20 Mrd. € für Sonstiges wie Justiz und Kultur verwendet.

Die Einnahmen setzen sich weiterhin aus den traditionellen Eigenmitteln wie Zöllen, Agrarzöllen und Zuckerabgaben sowie aus den Mehrwertsteuermitteln auf Basis des Bruttonationaleinkommens zusammen. Diese werden als fixer Prozentsatz von der Basis einer konsolidierten Mehrwertsteuerbasis erhoben. Der Prozentsatz wird 2007 von derzeit 0,5% auf 0,3% gesenkt. Einigen großen Nettozahlern wird zur Entlastung ein ermäßigter Beitragssatz gewährt – dazu gehören Österreich (Beitrag an den Haushalt der EU 0,225% des BIP), Deutschland (0,15%) sowie Schweden und die Niederlande (je 0,1%).

Österreichs Beitrag wird in der neuen Finanzperiode netto etwa 860 Mio. € pro Jahr erreichen. Die Höhe der Agrarförderungen wird sich kaum verringern, etwas stärker dürften die Strukturfondsmittel gekürzt werden.

Mazedonien erhält den Status eines EU-Beitrittskandidaten.

**19. Dezember:** Der IWF beschließt, 19 der ärmsten Länder Schulden im Umfang von 3,3 Mrd. \$ zu erlassen. Im Juli 2005 wurde der Schuldenerlass anlässlich des G-8-Treffens in Gleneagles festgelegt.

IWF: Schuldenerlass

Mit dem Erwerb von 62% der Anteile der Banca Commerciale Romana für 3,75 Mrd. € vollzieht die Erste Bank den bisher größten Zukauf eines österreichischen Unternehmens. Sie gewinnt damit 2,8 Mio. zusätzliche Kunden, erweitert das Filialnetz um 320 Standorte und die Zahl der Beschäftigten um 12.000. – Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz (BeFG) beschließt der Nationalrat Maßnahmen zur Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive.

## Österreich

**1. November:** Die Ist- und Mindestlöhne und -gehälter der 180.000 Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter sowie der Industrieangestellten werden um 3,1% erhöht.

Lohnrunde Metallindustrie

**13. Oktober:** Der Bundesrat beschließt das Beschäftigungsförderungsgesetz (BeFG) sowie Änderungen zum Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, zum Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, zum Arbeitsmarktservicegesetz, zum Insolvenz-Entgeltversicherungsgesetz, zum Nachtschwerarbeitsgesetz, zum Dienstleistungsscheckgesetz und zum Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz.

Beschäftigungsförderungsgesetz

Das Bundesfinanzgesetz 2006<sup>1)</sup> (I Nr. 114/2005) umfasst Maßnahmen zur Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive der Bundesregierung sowie der Bundesländer. Ein mit einem Jahr befristetes Kombilohnmodell soll Anreiz zur Schaffung von 5.000 Niedriglohnarbeitsplätzen sein. Arbeitslose erhalten einen Zuschuss, wenn sie schlecht bezahlte Arbeiten annehmen, während Arbeitgeber einen Zuschuss von 15% des Bruttolohnes als Anreiz zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen erhalten. 285 Mio. € werden im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt für Maßnahmen zur Qualifizierung von Jugendlichen, die erstmals Arbeit suchen, von unqualifizierten Arbeitslosen, von Personen, die nach familiär bedingter Berufsunterbrechung wieder Arbeit suchen, und für Personen mit nicht (mehr) nachgefragter Qualifikation in Gesundheits- und Pflegeberufen. Die Maßnahmen umfassen weiters befristete Eingliederungsbeihilfen für nichtvermittelbare Personengruppen sowie für die Aufnahme zusätzlicher Lehrlinge mit Stichtag 1. September 2005. Das Gesetz definiert weiters ein Sonderqualifizierungsprogramm für Frauen über 25 Jahre und die Förderung von arbeitsmarktnahen Qualifizierungsmaßnahmen wie z. B. dem Erwerb des "Europäischen Computerführerscheins".

**8. Dezember:** Nachdem von einem Gericht in New York die letzte Klage gegen Österreich abgewiesen wurde, beginnt die Auszahlung der Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus. Der Entschädigungsfonds wurde mit insgesamt 210 Mio. \$ dotiert (Bund 60 Mio. \$, Stadt Wien 35 Mio. \$, Banken 45 Mio. \$, Versicherungen 25 Mio. \$, Industrie 10 Mio. \$, Wirtschaftskammer 15 Mio. \$, ÖIAG 32 Mio. \$), 19.300

Entschädigungsfonds  
für Opfer des  
Nationalsozialismus

<sup>1)</sup> Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2005", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(7), S. 495-498, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25652](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25652).

Erste Bank: Kauf der Banca  
Comerciala Romana

Anträge auf Entschädigung liegen vor. Die Zuerkennungsbeträge werden zwischen 500 \$ und höchstens 2 Mio. \$ liegen. Vorgesehen ist auch die Naturalrestitution von Immobilien, die sich heute im öffentlichen Eigentum befinden, sowie von Kunstgegenständen. Ein eigener Versöhnungsfond für die Zwangsarbeiterentschädigung war mit 352 Mio. € dotiert und wurde an über 130.000 Personen ausgeschüttet.

**20. Dezember:** Die Erste Bank erwirbt 62% der Anteile der Rumänischen Banca Comerciala Romana (BCR). Mit einem Kaufpreis von 3,75 Mrd. € ist dies der bisher größte Zukauf eines österreichischen Unternehmens. Der Kundenkreis erweitert sich damit um 2,8 Mio. auf 12,5 Mio., das Filialnetz um 320 auf 2.369 und der Mitarbeiterstand um 12.000 auf über 36.000 Beschäftigte in Österreich, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien und Rumänien.